



Niedersächsisches
Finanzministerium

24. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages ► TOP 5 und 6

TOP 5

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006 – HG 2006)

Gesetzesentwurf der Landesregierung – LT-Drs. 15/2111

TOP 6

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006

Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP – LT-Drs 15/2170

Rede des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring

Am 14. September 2005 im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

mit dem vorliegenden HPE 2006 wird die Neuverschuldung des Landes im vierten Jahr in Folge zurückgeführt. Seit ihrem Amtsantritt hat diese Landesregierung die Nettokreditaufnahme um insgesamt 1,1 Mrd. Euro gesenkt, und deshalb sage ich aus Überzeugung:
„Niedersachsen ist auf einem guten Weg, denn wir machen das, wovon andere nur reden“.

Unser Ziel bleibt es, in einem ersten Schritt bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Neuverschuldung auf die Höhe der eigenfinanzierten Landesinvestitionen zu begrenzen und damit endlich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

Genau so konsequent, wie wir diese Altlast der Vorgängerregierung abtragen, wollen wir in einem zweiten Schritt bis zum Jahr 2013 einen Landesetat verwirklichen, der ganz ohne Nettokreditaufnahme auskommt.

Wir tun dies **nicht**, weil wir ein abstraktes haushaltspolitisches Ziel verfolgen, sondern

- wir tun dies, um finanzielle Handlungsfreiheit zurück zu gewinnen;
- wir tun dies, um künftigen Generationen politischen Gestaltungsspielraum überhaupt erst wieder zu eröffnen, und
- wir tun dies, um nicht bereits heute alles Geld auszugeben, das unsere Kinder und Kindeskinde noch nicht einmal erwirtschaftet haben.

Anrede,

mehr als einmal war diese Landesregierung aufgrund ihrer Einsparmaßnahmen von verschiedener Seite in der Kritik.

Heute, bereits zur Mitte der Legislaturperiode, stelle ich fest:

- Wir haben die Ausgabenentwicklung im Griff.
- Die beschlossenen Konsolidierungsschritte verhinderten in 2003 zunächst ein weiteres Anwachsen der Ausgaben; in 2004 konnten wir diese um 1,5 Prozent senken, und das Haushaltssoll 2005 sieht ihre weitere Reduzierung um 3,5 Prozent vor.
- Insgesamt wird das Ausgabenniveau bis 2006 nachhaltig um 1,8 Mrd. Euro gegenüber der MiPla 2002 reduziert werden können; rechnet man die lediglich durch laufenden Mittel im Rahmen von „Hartz IV“ heraus, sind es sogar rd. 2,2 Mrd. Euro.
- Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates werden damit erheblich unterschritten. Niedersachsen steht weitaus besser dar als andere Bundesländer, und davon werden wir künftig, vor allem bei steigendem Zinsniveau, Nutzen tragen.

Anrede,

wir werden die Kreditfinanzierungsquote des Landes von noch 13,3 Prozent (Ist) in 2002 bis zum nächsten Jahr auf 8,2 Prozent (Soll) zurückgeführt haben.

Hinter diesen nackten Zahlen stehen ganz erhebliche Anstrengungen, dahinter stehen auch Zumutungen, zu denen wir uns durch gerungen haben, weil sie letztlich alternativlos waren. Die Eingriffe bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie im Beihilfebereich bewirken aufsteigend seit 2003 Einsparungen von inzwischen jährlich nahezu 500 Mio. Euro – eine Haushaltskürzung, die bei den betroffenen Beschäftigten mit Sicherheit keine Begeisterung ausgelöst hat, auf die wir aber auch nicht verzichten können, weil wir dieses Geld nicht haben. Die Verwaltungsmodernisierung mit der Zielvorgabe, gut 6700 Stellen entbehrlich zu machen, führt zu mittelfristig stark aufwachsenden Einsparungen.

Per saldo, also nach Abzug der Mehrausgaben durch Zuweisungen an Kommunen und Private, steigern sich diese bis 2009 bereits auf einen Jahresbetrag von rd. 190 Mio. Euro.

In den Ressorthaushalten wurden beginnend mit Amtsantritt dieser Regierung zahlreiche Einsparungen realisiert. Durch Veränderung von Leistungsgesetzen, die Reduzierung freiwilliger Leistungen, den Abbau von Subventionen und nicht zuletzt durch die ohne Abstriche erreichte Umsetzung Globaler Minderausgaben konnten Ausgabevolumina in einer Größenordnung von 785 Mio. Euro dauerhaft verringert werden.

Anrede,

selbstverständlich wirken diese Beschlüsse fort. Der Verzicht auf neue Wohnungsbauprogramme, das vorübergehende Aussetzen landeseigener Hochbaumaßnahmen noch bis 2007, das alles sind konkrete Einsparverpflichtungen, und deshalb ist es so überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn Sie von Seiten der Opposition jetzt den Vorwurf erheben, der vorliegende HPE enthalte lediglich Einsparvorschläge über 15 Mio. Euro. Entweder haben Sie sich da vom Begriff des „Konsolidierungspotentials“ in die Irre leiten lassen oder sie haben in einen alten Haushaltsplan ihrer Regierungszeit geschaut.

Zu den von uns beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen gehört auch, für Polizeivollzugsbeamte mit Wirkung vom 1.1.2009 die Altersgrenze für den Ruhestandseintritt in zwei Schritten auf das vollendete 62. Lebensjahr anzuheben. Um die Wirkungen einer verlängerten Lebensarbeitszeit auf die Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Polizeivollzugsdienst abzufedern, haben wir gleichzeitig Stellenhebungen ermöglicht, so dass nach meiner festen Überzeugung diese Beschlüsse nicht nur zumutbar sind, sondern mit Blick

auf das Gesamtpaket auch nicht den schrillen Protest verdienen, der vereinzelt angedeutet wurde.

Einspareffekte werden schon ab 2006 durch die nicht erforderliche Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst erzielt. Im vorliegenden Entwurf bringt uns dies eine Haushaltsentlastung von rd. 2,5 Mio. Euro, die aber schon bis 2009 auf 17,3 Mio. Euro pro Jahr aufwächst. Dieser Betrag wird sich, ähnlich wie bei der Verwaltungsmodernisierung, in den Folgejahren noch erhöhen, so dass allein für den Zeitraum bis 2018 ein Volumen von rd. 215 Mio. Euro erwirtschaftet wird.

Anrede,

die Verschlinkung von Verwaltung, die Deregulierung und Entbürokratisierung, bleibt ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Mit den Bezirksregierungen wurde eine ganze Verwaltungsstufe abgeschafft, aber die Verwaltungsmodernisierung geht weiter. In einem nächsten Schritt wird die Vielzahl der Labor-Einrichtungen des Landes reduziert und eine auch ressortübergreifende Zusammenarbeit angestrebt. Das Landesbergamt fusioniert mit dem Landesamt für Bodenforschung, die Aus- und Fortbildung für Landesbedienstete wird reorganisiert, kurz und gut: Verwaltungsreform bleibt eine Daueraufgabe.

Da auch die Trägerschaft von Krankenhäusern im Grundsatz nicht zu den staatlichen Kernaufgaben gehört, hat das Kabinett beschlossen, die zehn niedersächsischen Landeskrankenhäuser zu veräußern.

Es ist völlig selbstverständlich, dass wir hierbei mit größter Sorgfalt vorgehen, gerade was die medizinische Betreuung und den Maßregelvollzug betrifft.

Wir werden bei einem Verkauf strenge Kriterien an den Erhalt der Qualitäts- und Sicherheitsstandards anlegen, wir trauen aber eben auch privaten Betreibern zu, das, was bisher staatlich war, genauso gut oder besser wahrnehmen zu können. Ich finde es bemerkenswert, dass auch die ehemalige rot-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein diesen Weg bis zum Vertragsabschluss gegangen ist, während die Opposition hier im Landtag so tut, als würde bei einem Wechsel des Trägers die Krankenhaus-Welt untergehen.

Anrede,

Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit, gerade beim Verkauf der Landeskrankenhäuser.

Wir wollen und können aber auf die Einnahmen aus solchen Veräußerungen nicht verzichten, und dies gilt auch für den Verkauf der Rückflüsse aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle (LTS).

Wie Sie wissen, hat das Land Niedersachsen im Jahre 1991 die drei Förderfonds der LTS als haftendes Eigenkapital auf die Nord/LB übertragen. Die Bank nutzt dieses Vermögen in Höhe eines Barwertes von 767 Mio. Euro als Kernkapital. Aufgrund der vom Wirtschaftsjahr 2007 an geltenden Anforderungen an die Rechnungslegung der Nord/LB nach internationalen Standards wird dieser Betrag künftig aber nicht mehr als Kernkapital anerkannt.

Die Träger der Bank haben sich daher im März darauf verständigt, dass die Landesregierung das LTS-Vermögen durch eine geeignete Kapitalmaßnahme ersetzt. Um für diese Kapitalmaßnahme liquide Mittel zu erhalten ist vorgesehen, die garantierten Mittelrückflüsse aus den von der LTS vergebenen Darlehen zu veräußern.

Das Interesse am Finanzmarkt dafür ist riesengroß, so dass wir mit Hilfe eines Bieterverfahrens den für uns vorteilhaftesten Investor ermitteln werden.

Um es deutlich zu sagen, wir brauchen dieses Geld in erster Linie, um das LTS-Vermögen als Kernkapital der Nord/LB zu ersetzen und die Bank am Markt gut aufzustellen.

Wer immer das von uns praktizierte Verfahren kritisiert, muss deshalb auch sagen, welche Alternativen für die künftige Eigenkapitalbildung der Landesbank er denn vorschlägt. Ich bin sicher, nicht nur die Beschäftigten der Nord/LB wären sehr gespannt zu erfahren, was SPD oder Grüne in Niedersachsen an dieser Stelle anders machen würden.

Dass wir bei dieser Transaktion versuchen, auch noch einen gewissen Vorteil für den Landeshaushalt zu erwirtschaften, kann uns doch ernsthaft niemand vorhalten.

Anrede,

Mit Hilfe der Vermögensaktivierungen schlagen wir eine Brücke zwischen rasch reduzierten Einnahmenniveaus des Landes und weniger flexiblen Ausgabeniveaus. Wir brauchen die Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen, bis die von uns eingeleiteten Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung, der Privatisierung, der Personalausgabenreduzierung und der Veränderung von Leistungsgesetzen aufwachsen und den Haushalt noch mehr als heute bereits entlasten. Und wir brauchen endlich wieder ein spürbares wirtschaftliches Wachstum, denn nur das Geld, das wir einnehmen, können wir auch ausgeben.

B. WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die Einnahmeseite des Staates hängt wesentlich ab von der wirtschaftlichen Entwicklung. Unter der abgängigen Regierung hat Deutschland seine Dynamik auf diesem Feld verloren. Das durchschnittliche Wachstum hat sich gegenüber den Jahren 1990-1998 fast halbiert. Es ist eine bittere Tatsache, dass sich Deutschland mittlerweile mit Moldawien ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen um die rote Laterne beim langfristigen Wirtschaftswachstum in Europa liefert. Bei dem von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Standort-Ranking der Industrienationen belegte Deutschland im vergangenen Jahr den letzten Platz, und in der internationalen Rangliste der Weltbank zu den Standortfaktoren in 155 Ländern landete die Bundesrepublik im letzten Jahr hinter Botswana. Nun hat es Deutschland in der aktuellen Studie der Weltbank für das Jahr 2006 immerhin geschafft Botswana zu überholen. Aber bei allem Respekt vor Botswana: Soll das Schröders Aufschwung sein? Nach Einschätzung von Michael Klein, Vizepräsident der Weltbank, „sollte sich die größte Volkswirtschaft Europas damit nicht zufrieden geben. Der Abstand zur Spitzengruppe ist trotz der Fortschritte nach wie vor gewaltig.“

Selbst 2004, dem Jahr des größten weltwirtschaftlichen Booms seit einem Vierteljahrhundert, wurden in Deutschland per Saldo keine neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geschaffen, stattdessen die Staatsschulden ausgeweitet und die Reserven der Sozialversicherungen weiter aufgezehrt.

In diesem Jahr wird das Wachstum aller Voraussicht nach erneut unter einem Prozent bleiben, die Folgen der aktuellen Ölpreisentwicklung sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Anrede,

wir müssen uns darüber klar sein, dass auch in Zukunft das Wirtschaftswachstum für die Haushaltsplanung eine nur schwer bestimmbare Größe sein wird. Umso wichtiger ist es, dass

wir wenigstens im nationalen Rahmen alles dafür tun, einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung endlich Vorrang einzuräumen.

Zu diesem Zweck brauchen wir

- eine Reform der umlagefinanzierten Sozialsysteme,
- eine radikale Vereinfachung unseres Steuerrechts,
- und einen weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt.

Das sind die drei zentralen Themen der nächsten Monate und Jahre.

Das deutsche Steuerrecht steht wie nirgends sonst auf der Welt für Komplexität und Unübersichtlichkeit, für überhöhte Sätze und verfestigte Besitzstände. Man muss nicht in allen Punkten einer Meinung mit Paul Kirchhof sein, um festzustellen: So wie es bisher ist, kann es nicht bleiben.

Wir brauchen deshalb eine grundlegende Reform, die in allererster Linie ein bisher viel zu kompliziertes Steuerrecht verständlich macht. Als Landesfinanzminister bin ich an einer solchen Reform gleich doppelt interessiert:

Zum einen wird die Vereinfachung als Investitionsanreiz wirken und damit mehr Geld in die Kassen spülen.

Zum anderen wünsche ich mir aber auch als verantwortlicher Dienstherr für mehr als 12.000 Beschäftigte in der Steuerverwaltung, dass die Fallbearbeitung künftig sehr viel leichter von der Hand geht und vielleicht auch von weniger Händen.

Anrede,

um Wirtschaftswachstum zu stimulieren, ist es nicht nur erforderlich, die inländische Investitionsnachfrage anzuregen. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass die hierzulande vorherrschende Konsumzurückhaltung aufgegeben wird.

Ich bin davon überzeugt, dass die Kaufentscheidung der Bundesbürger nicht von ein oder zwei Punkten Mehrwertsteuer abhängt, sondern davon, ob es in unserem Land nach Jahren der Stagnation gesamtwirtschaftlich endlich wieder aufwärts geht.

Was die Menschen dafür brauchen, ist Verlässlichkeit und Seriosität ihrer Regierung.

So wie es uns gelungen ist, dass uns als Landesregierung diese Qualitäten mittlerweile von Außenstehenden zugeschrieben werden, so sicher bin ich, dass auch die neue Bundeskanzlerin mit ihrer Regierungsmannschaft hierfür stehen wird, genau wie für solide Staatsfinanzen, welche vor allem ausländische Investoren zu schätzen wissen.

„Seriosität“, das bedeutet in diesem Zusammenhang, den Menschen vor der Wahl zu sagen, dass man eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte für erforderlich hält, auch wenn es unpopulär erscheint (und der Opposition hier Gelegenheit für Zwischenrufe gibt).

„Verlässlichkeit“, das bedeutet, im Gegenzug die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte zu senken, um im Zusammenspiel mit einem deregulierten Arbeitsmarkt Anreize für Einstellungen und damit für mehr Beschäftigung zu geben.

Insbesondere die hohen Lohnnebenkosten erschweren es den Firmen, Mitarbeiter einzustellen. Diese Erkenntnis ist nicht neu, auch die rot-grüne Bundesregierung hatte es zu Beginn ihrer Amtszeit als zentrales Ziel bezeichnet, die Beitragslast zu senken. Damals lag die Summe der Beitragssätze bei 42,1, heute liegt sie bei 41,9 Prozent.

Mit anderen Worten: Nicht nur bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, auch bei der Absenkung der Lohnnebenkosten hat das Kabinett Schröder sein erklärtes Ziel verfehlt. Mich beschleicht der Eindruck, dass dies den Wählern letztlich wichtiger ist als öffentliche Liebeserklärungen des Kanzlers an seine Frau oder deren illustrierte Hundekalender.

C. HALBZEITBILANZ NIEDERSACHSEN

Anrede,

trotz fehlender Einnahmen und notwendiger Sparanstrengungen setzt die Landesregierung auch mit dem vorliegenden HPE Akzente.

Seit Amtsantritt haben wir alle frei gewordenen Lehrerstellen wieder besetzt und zusätzlich 2500 neue Stellen geschaffen.

Ich will gar nicht bestreiten, dass aus schulpolitischer Sicht noch mehr vielleicht wünschenswert sein könnte. Angesichts der Haushaltslage des Landes ist das, was wir geleistet haben, aber das Maximum dessen, was auch verantwortbar ist.

Die Neuverschuldung wurde, wie eingangs erwähnt, seit 2003 um insgesamt über 1,1 Mrd. Euro zurückgeführt. Wir haben mit diesem konsequenten Vorgehen Zinsausgaben gespart und damit überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, neue Lehrer nicht nur einstellen, sondern auch bezahlen zu können.

Ich betone das deshalb besonders, weil ich als frisch gekürter Minister mit der Situation konfrontiert war, Lehrerstellen im Haushalt vorzufinden, die nur für ein halbes Jahr finanziert waren. Würde ich so agieren, hätte ich jetzt mindestens 8500 neue Lehrer vorweisen können, aber ich vermute, Ihr atonaler Protestgesang wäre dadurch nicht harmonischer geworden.

Anrede,

die Investitionsquote des vorliegenden HPE liegt bei 7,1 Prozent, das ist einerseits Ausdruck der Einsparbedürfnisse:

Geld, das wir nicht haben, können wir auch nicht ausgeben.

Andererseits handelt es sich hierbei um eine Momentaufnahme, weil große Investitionsvorhaben erst ab 2007 in vollem Umfang haushaltswirksam werden.

Diese Landesregierung hat etwa, gemeinsam mit Bremen, die Planungen für den JadeWeserPort so weit voran gebracht, dass ab dem nächsten Jahr gebaut werden kann. Mit den notwendigen Planfeststellungsbeschlüssen einschließlich sofortiger Vollziehbarkeit rechnen wir noch während der Haushaltsberatungen.

Der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven ist das zentrale Projekt niedersächsischer Wirtschafts- und Verkehrspolitik der nächsten Jahre, wir erwarten uns hiervon Beschäftigungseffekte in erheblichem Umfang.

Diese Investitionsmaßnahme ist ein Beispiel dafür, dass wir trotz aller Konsolidierungsanstrengungen die wirklich wichtigen Vorhaben im Land verlässlich umsetzen. Auch dank dieser Politik ist das Land in der Arbeitsmarktstatistik von Rang neun in 2003 auf Rang sechs nach vorne gerückt.

Anrede,

der vorliegende HPE dokumentiert die nach wie vor dramatische Finanzlage des Landes Niedersachsen, er zeigt aber auch auf, dass diese Landesregierung den Ernst der Lage erkannt hat und entschlossen gegen steuert.

Wir werden dabei unterstützt von den Regierungsfractionen, die es zum wiederholten Male übernommen haben, das Haushaltsbegleitgesetz auf den Weg zu bringen. Unterstützung erwarte ich nicht unbedingt von der Opposition, aber ich bin gespannt auf ihre Alternativen. Dies umso mehr als ich der Auffassung bin: Dieses ist vielleicht nicht der beste Haushalt, aber es ist der bestmögliche.